

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Überbrügge, Brügge, Schaafsühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupperberg, Radevormwald, Radeberg usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beilitz, Halber i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 226

Inseratpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto. —

Halber

Mittwoch, den 28. September

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilage „Zeitgeschehen im Wochenbild“
„Landmanns Sonntagsblatt“ „Herb und Scholle“
— und „Für unsere Frauen“ —

1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichskanzler von Papen erschien vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages als Zeuge, um Auskunft über die Vorgänge zu geben, die zur Auflösung des Reichstages geführt haben.

* In einer Unterredung erklärte der Reichskanzler zu Herriots Rede, Deutschland werde von seiner Forderung nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nicht abgehen.

* Das schwere Erdbeben auf dem Balkan ist von den Seismographen mehrerer deutscher Erdbebenwarten aufgezeichnet worden.

Der Übergang zur Kontingentierung.

In dem großen Wirtschaftsprogramm, das der Reichskanzler in Münster angekündigt und skizziert hatte, und das dann in den Notverordnungen der folgenden Tage seine rechtlichen Formulierungen erhielt, waren die handels- und die kreditpolitischen Teile ziemlich kurz weggekommen. Man hatte sich mit der Aufstellung kurzgefaßter Forderungen begnügt bzw. — in der Kontingentierungsfrage — die Andeutung gemacht, daß die Reichsregierung sich zu einer „grundföhligen Schwenkung“ in unserer Handelspolitik entschlossen habe. In der Zwischenzeit ist es dann auf kreditpolitischem Gebiete zunächst einmal gelungen, den feststehenden Reichsbankdiskont zu lockern und seine Senkung von 5 auf 4 Prozent zu ermöglichen. Eigentlich ist es übrigens nicht ganz ohne einen pikanten und für uns Deutsche durchaus nicht unerfreulichen Reiz, daß wir in Basel ein Entgegenkommen der internationalen Finanz und Wirtschaft verzeichnen konnten, während sich — für uns aber nun keineswegs erfreulich — die Politiker in Europa immer weiter auseinanderredeten.

In der Diskontfrage bestand also bloß die Schwierigkeit, mit den Leitern der ausländischen Notenbanken ins reine zu kommen, da es eine ganz einhellige Forderung der gesamten deutschen Wirtschaft war, den Reichsbankdiskont endlich zu senken und damit auch das überhöhte deutsche Zinsniveau. Sehr viel schwieriger für die Reichsregierung aber war nun eine formulierte Entscheidung einerseits in der allgemeinen Zinssenkungsfrage für die binnendeutschen Schuldner und Gläubiger, andererseits und vor allem aber in dem Umfange und der Methode des Überganges zur „grundföhligen“ Kontingentierungspolitik. Leicht ist dem Kabinett die Entscheidung nicht gefallen, wenn auch die politisch gemeinten Zweckmeldungen über ursprünglich weitgehende Meinungsverschiedenheiten im Kabinett recht übertrieben klangen. Die Liste der geplanten Kontingentierungen, die vom Reichsernährungsminister in München mitgeteilt wurde, brachte — trotz der gutgehüteten Geheimhaltung — doch kaum noch Überraschungen. Aber zu der Frage, wie denn nun diese Kontingentierungen bestimmter ausländischer Agrarprodukte durchgeführt werden sollen, vernahm man nur eine gewissermaßen negative Antwort insofern, als eine „autonome“, also einseitig von Deutschland ausgesprochene Einführung der geplanten Kontingentierungen nicht erfolgen wird, sondern daß man sich hierüber — wie übrigens auch der Kanzler in Münster ankündigte — erst mit den „hauptbeteiligten Ländern in Verbindung setzen“ wolle. Der Anfang dazu soll bereits gemacht sein.

Diese Rücksichtnahme auf bestehende Handelsverträge unterseidet sich recht wesentlich von dem Vorgehen nicht gerade weniger Staaten, die etwa seit Jahresfrist — ohne sich dabei viel um den Wortlaut handelsvertraglicher Vereinbarungen zu kümmern — Kontingentierungen abschlossen wie die Granaten aus einer Kanone. Diese auch für unseren Außenhandel überaus unerfreulichen Maßnahmen wurden von niemand anders als von Frankreich eingeleitet, das übrigens bei der Verteilung der Einfuhrkontingente auf die verschiedenen Lieferstaaten sehr stark auch politische Bedorungen und Benachteiligungen mit entscheiden ließ. Eine derartige Ellenbogenfreiheit besitzen wir schon deswegen nicht, weil Deutschlands Export einen viel größeren Umfang und darum auch viel mehr Angriffspunkte besitzt als der französische oder der irgendeines andern Staates. Von den Möglichkeiten Frankreichs, durch seine Geld- und Kreditmacht auch handelspolitische Bevorzugungen zu erreichen oder Benachteiligungen niederzukämpfen, ist ja bei uns leider überhaupt keine Rede.

Wie ungeheuer schwierig vielmehr für uns die Dinge liegen, haben schon die Erfahrungen bei der Butterkontingentierung gezeigt, die überaus langwierige Verhandlungen nötig machten und noch machen, um allzu schmerzliche Störungen des Exports zu vermeiden. Daher ist auch anzunehmen, daß man versuchen wird, hinsichtlich der kommenden Kontingentierungen die Einwilligung der „hauptbeteiligten Länder“ zu erreichen, — daß man also mit ihnen verhandelt und sie nicht etwa nur von der Einführung solcher mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen benachrichtigt. Erfolgt dann eine Einigung zwischen uns und den Handelsvertragspartnern nicht, dann bleibt eben nur die Kündigung dieser Verträge; andernfalls wird man die Gelegenheit jener Verhandlungen natürlich auf der anderen Seite benutzen, um uns zu Konzessionen auf anderen Teilen unseres Außenhandels zu veranlassen. Immerhin hat an sich schon in den beiden letzten Jahren, besonders aber seit dem großen deutschen Zusammenbruch im Sommer 1931 die mengenmäßige Einfuhr der Agrarprodukte einen sehr starken Rückgang erfahren, an dem auch die Devisenbewirtschaftung mitwirkte. Das Zusammenschrumpfen der Marktfraucht in Deutschland beeinflusste eben nicht nur die Absatzmöglichkeiten der binnendeutschen Agrarzeugung,

Die Auflösung des Reichstages

Papen vor dem Untersuchungsausschuß.

Wie es zur Reichstagsauflösung kam.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat als Untersuchungsausschuß erneut zusammen, um die Beweisaufnahme über

die Vorgänge in der letzten Reichstagsitzung durch Vernehmung der Mitglieder der Reichsregierung und weiterer Zeugen abzuschließen und im Anschluß daran über Anträge und Aufhebungen von Notverordnungen zu beraten. Die Ausschussmitglieder waren fast vollständig versammelt. Auch die Presse aller Parteirichtungen war zahlreich vertreten.

Geladen sind als Zeugen Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gaull, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, Staatssekretär Dr. Pland sowie einige Reichstagsabgeordnete und mehrere von Fraktionen genannte Zeugen der Vorgänge.

Der Vorsitzende Abg. Löbe (Soz.) teilte zu Beginn der Sitzung mit, daß der Außenminister wegen seiner Abwesenheit von Berlin entschuldigt ist, und bat im übrigen, daß sich die Ausschussmitglieder bei der Vernehmung auf Fragen beschränken, die sich auf den eigentlichen Gegenstand der Untersuchung beziehen.

Ein von dem kommunistischen Abgeordneten Torgler dann eingebrachter Antrag, die Tagesordnung umzustellen und in Gegenwart des Reichskanzlers über die Notverordnungen zu beraten, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt, nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß die Reichsregierung sich nur zum Zwecke der Zeugenvernehmung bereitstellt.

Darauf trat der Ausschuß in die Beweisaufnahme ein, und zwar wurde unter lebhafter Spannung zunächst

Reichskanzler von Papen in den Saal gerufen, der alsbald erschien und dem Vorsitzenden gegenüber Platz nahm. Der Reichskanzler wies zunächst darauf hin, daß Reichstagspräsident Göring im ersten Teil der letzten Reichstagsitzung nicht ausdrücklich festgestellt habe, daß durch Ausfall des Einpruches der kommunistische Antrag auf Abänderung der Tagesordnung angenommen worden sei. Er habe deshalb erwartet, daß der Präsident nach Wiedereröffnung der Sitzung noch einmal den kommunistischen Antrag zur Abstimmung stellen würde. Nachdem dies aber nicht der Fall gewesen sei, habe er sich sofort erhoben und ums Wort gebeten. Der Reichstagspräsident habe eine abweichende Seite gemacht und gesagt: „Zu spät, wir sind in der Abstimmung.“ Dann habe der Staatssekretär den Präsidenten auf die Wortmeldung hingewiesen, und als auch das erfolglos geblieben sei, habe er, der Kanzler, sich zum zweitenmal, wiederum ohne Erfolg, zum Wort gemeldet. Der Reichskanzler betonte, daß er dann

das Auflösungsdekret

auf den Tisch des Präsidenten gelegt habe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich nur ausdrücklich zum Wort gemeldet habe oder nachher auch durch Aufstehen oder Handaufheben, erwiderte der Kanzler, er sei nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt:

„Ich bitte ums Wort.“

Ich nehme aber an, so fügte der Kanzler hinzu, daß das bei der Unruhe des Hauses am Stenographentisch nicht verstanden worden ist.

Reichstagspräsident Göring betonte dazu, der Reichskanzler sei erst aufgestanden, nachdem er, der Präsident, die Worte ausgesprochen hätte, „Wir stimmen ab“. Die Ausrufung des Kanzlers „ich bitte ums Wort“ habe er nicht verstanden. Der Präsident fragt dann den Zeugen, ob er nicht als erstes „amtlich“ gebraucht hätte. — Reichskanzler von Papen: „Ich habe das Wort „amtlich“ überhaupt nicht gebraucht.“

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Pfleger (Bayer. Volkspartei), ob er nicht während der Pause versucht habe, eine Wortmeldung einzureichen, erwiderte der Reichskanzler, es sei dies aus dem einfachen Grunde nicht geschehen, weil er angenommen habe, daß der kommunistische Antrag abgelehnt werden würde.

„Der Reichstagspräsident hatte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß

die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde.“

Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde, und war selbst völlig überrascht.“ — Auf die Frage des Abg. Dr. Brandl (Natsoz.) an den Kanz-

nisse, sondern auch die des Imports. Und welche Verschiebungen überhaupt unser Außenhandel erfahren wird, wenn die Depression der Weltwirtschaft endgültig überwunden worden ist, läßt sich heute noch gar nicht sagen.

Antwort des Reichskanzlers an Herriot.

Zurückweisung französischer Verdrehungen.

In einer Unterredung hat der Reichskanzler von Papen nunmehr auf die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Herriot erwidert.

Der Reichskanzler erklärt u. a., er sehe in der Rede Herriots keine Förderung der Aussprache über die Abrüstung, sondern nur eine Bestätigung

ler, ob er die Auffassung habe, daß die Abstimmung nicht rechtswirksam sei, erwiderte der Kanzler, sie sei nicht rechtsgültig, denn sie sei erfolgt nach Zustellung des Auflösungsdekrets. Auf die weitere Frage, ob ihm bekannt sei, daß während einer Abstimmung Wortmeldungen nicht entgegengenommen würden, entgegnete der Kanzler, daß die Abstimmung seiner Auffassung nach noch nicht begonnen hatte.

Im Verlaufe eines längeren Frage- und Antwortspiels gab der Reichskanzler die Erklärung ab, daß er vor dem Untersuchungsausschuß nicht erschienen sei, weil nach Auffassung der Nationalsozialisten die Regierung nicht mehr zu Recht bestehe und er sich sonst der Tatsache ausgesetzt hätte, daß man ihn frage, „was wollen Sie denn hier? Sie sind nicht mehr im Amt.“ Von vornherein habe übrigens

nicht die Absicht der Auflösung bestanden.

Der Kanzler bestätigte, daß er sich die Auflösungsankündigung während der Sitzungsunterbrechung verschafft habe. Die Absicht, den Reichstag bei Wiederbeginn der Sitzung auf jeden Fall aufzulösen, habe nicht bestanden.

Der Abschluß der Kanzlervernehmung.

In Fortsetzung der Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Vorgänge in der letzten Reichstagsitzung hob Reichstagspräsident Göring hervor, daß er selbstverständlich dem Regierungschef das Wort zur Regierungserklärung erteilen würde, wenn er das nach der Geschäftsordnung und nach der Verfassung könne, an die er gebunden sei. Bei einer Besprechung habe der Kanzler keinen Zweifel gelassen, daß er eine Abstimmung über das Mißtrauensvotum nicht zulassen, sondern vorher den Reichstag auflösen würde. — Reichskanzler von Papen bestätigte diese Mitteilung durch Kopfnicken.

Auf die Frage, wann die Auflösungsorder unterzeichnet worden sei, in der Pause oder schon bei Beginn der Sitzung, erklärte der Reichskanzler, er müßte es bedauern, diese Neugierde nicht befriedigen zu können.

Damit schloß die Vernehmung des Kanzlers.

Der Zeuge Reichsinnenminister Freiherr von Gaull bestätigte im wesentlichen die Aussagen des Reichskanzlers.

Staatssekretär Dr. Pland

bestätigte, daß sich der Reichskanzler zweimal zum Wort gemeldet habe; er erinnere sich, daß der Reichstagspräsident bei der ersten Wortmeldung des Reichskanzlers eine abweichende Handbewegung gemacht habe. Der Reichstagspräsident bestritt dies und empfahl die Anberaumung eines Vorabtermins im Sitzungssaal. Damit war die Vernehmung der Reichsminister und des Staatssekretärs erledigt. Es wurden dann noch einige Reichstagsabgeordnete und Personen, die auf der Publikumstribüne den Verhandlungen beigewohnt haben, vernommen. Wesentlich Neues brachten diese Zeugenansagen nicht. Darauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Untersuchungsausschuß des Reichstages.

Annahme eines NSDAP-Antrages.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nahm am Dienstag in später Abendstunde als Ergebnis der Beweisaufnahme über die Vorgänge in der letzten Reichstagsitzung mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und des Vertreters der Bayerischen Volkspartei, gegen die Stimmen der Deutschnationalen zunächst einen auf Wunsch des Zentrumsabgeordneten Wegmann erweiterten nationalsozialistischen Antrag an, wonach der Ausschuß festgestellt

„Reichskanzler von Papen hat sich erst zum Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung des Reichstagspräsidenten bereits eröffnet war. Das Verhalten des Präsidenten entsprach sowohl der Reichsverfassung, wie der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Reichskanzler hätte die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zum Wort zu melden. — Aus den Ausführungen des Reichskanzlers als Zeuge in Verbindung mit einer im Ausschuß abgegebenen Erklärung des Führers der deutschnationalen Fraktion ergibt sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag nach vor der Abstimmung über die Aufhebung von Notverordnungen und über Mißtrauensanträge zur Auflösung zu bringen.“

der völlig negativen Auslegung der französischen Note vom 11. September. Die Rede Herriots stelle die Verhältnisse auf den Kopf. Es handele sich nicht um die deutsche Abrüstung, sondern um die Einlösung des Abrüstungsvertrages der anderen Mächte. Von deutscher Aufzurüstung sei keine Rede, sondern von deutscher Gleichberechtigung. Die deutschen Forderungen sagten nichts anderes, als daß Deutschland im Rahmen der Abrüstungskonventionen dieselbe Freiheit der Anpassung der Rüstungen an Deutschlands soziale und nationale Bedürfnisse verlange, die jedem anderen Staate zustehe. Deutschland habe niemals verlangt, daß es sich in demselben Umfange bewaffne, wie dies Frankreich und andere Staaten täten. Die Rede von Gramat beweiße, daß

man gewillt sei, mit zweierlei Maß zu messen. Deutschland solle sich mit juristischen Sicherheitskonstruktionen begnügen, während andere Staaten den größten Teil ihrer ungeheuerlichen militärischen Rüstungen beibehalten wollten. Die rechtliche Argumentation der französischen und englischen Regierung sei gänzlich unhaltbar. Wenn der französische Ministerpräsident beklage, daß man Kindern die Kunst des Tötens lehre, übersehe er völlig, daß gerade in Frankreich die militärische Jugendvorbereitung seit Jahren im großen Stil betrieben werde. Der Gesetzentwurf über die militärische Ausbildung der Jugend stelle einen wesentlichen Bestandteil der französischen Heeresreform dar. Demgegenüber sei festzustellen, daß die sportliche Erziehung der deutschen Jugend keinerlei militärischen Charakter trage und lediglich die sportliche Fortbildung und das kameradschaftliche Zusammenleben bezwecke. Der Kanzler weist sodann darauf hin, daß die französischen Angaben über die französische Heeresverminderung irreführend sind, weil das Schergewicht der französischen Armee in den Reserve liegt. Die Stärke der französischen Armee sei überdies in den vielen tausend schweren Geschützen, Tanks, Flugzeugen usw. zu sehen.

Nur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung könne die Entspannung zwischen den Völkern herbeiführen. Endlich wendet sich der Kanzler scharf gegen die Behauptung Herriots, das Frankreich einen Anspruch auf Dank für den Ausfuhrüberfluß verlange könne. Auch ein Dank für die Schuldensfreibung wäre nur am Platze gewesen, wenn diese vor einem Jahre erfolgt wäre. In Lausanne hätten die Gläubiger lediglich das Fazit aus einer unhaltbaren Situation gezogen. Mit Vorwürfen der Art, wie sie Herriot erhebe, fördere man nicht die Neugestaltung der politischen Verhältnisse und die Verständigung. Niemals könne die Befreiung Europas verwirklicht werden, wenn der Versuch gemacht werde, einzelne Staaten zu Ländern minderen Rechts zu degradieren.

Unterredungen mit Papen.

Absichten für die Wahl.

Dann erklärte der Kanzler, er glaube, daß der Wunsch nach neuen verfassungsrechtlichen Zuständen im Volke so stark werde, daß der Impuls aus dem Volke herauskommen und der Regierung die Legitimation geben werde, diese Zustände neuzugestalten. Es sei bekannt, daß die Regierung es ablehne, selbst Partei zu nehmen, da das ihrer Grundauffassung widerspreche. Er glaube aber bestimmt, daß Mittel und Wege gefunden werden würden, um diejenigen, die Sinn und Ziel dieser Regierung bejahen,

für die Wahlen zu sammeln.

Zu den Behauptungen, der Kanzler sei nach Ostpreußen gereist, um Unstimmigkeiten des Kabinetts mit einflussreichen „Feudalkreisen“ zu beseitigen, erklärte der Kanzler, er müsse diese Unterstellung als einfach lächerlich bezeichnen. Er verstehe nicht, wie die Nationalsozialistische Partei, die die nationale Befreiung Deutschlands erstrebe, der jetzigen Regierung die Aktivlegitimation bei ihrem Kampf um die nationalen Interessen ablehnen könne. Das sei ein Rückfall in die sozialistischen Kampfmethoden früherer Jahrzehnte.

In einer zweiten Unterredung mit dem Vertreter einer Zeitung in Gumbinnen erklärte der Kanzler auf die Frage, ob die Reichsregierung ihre bisherige Linie in der Frage der Gleichberechtigung weiter innehalten werde:

„Selbstverständlich. Entweder die anderen halten sich an ihre Abrüstungsverpflichtungen oder wir sind genötigt, entsprechende Maßnahmen zu treffen.“ Die Frage „welche?“ beantwortete der Kanzler ausweichend: „Das werden wir dann sehen.“

Aber Ostpreußen erklärte der Kanzler: Hier sieht es schlimm aus. Wir müssen helfen. Erst einmal werden wir den Saatgutzuschuß von 500 000 Mark auf eine Million verdoppeln. Sofern es nicht anders geht, werden wir diesen Betrag auf Verlustkonto buchen. Sodann wird sich die Staatsregierung in nächster Zeit darüber schlüssig werden müssen, ob wir die betreffenden Kreise nicht ganz oder teilweise als Notstandsgebiet erklären. Ich denke im Augenblick an das Gebiet der Kommunalsteuern. Auf die Frage, ob die Umschuldung bis zum Frühjahr beendet sein wird, antwortete der Kanzler: Sie muß. Er lasse es sich dabei durch den Kopf gehen, ob man den Instanzenweg bei der Umschuldung nicht in der Hand des Reichsfinanzministers zusammenfassen könne.

Genfer Abrüstungsbesprechungen festgefahren.

Ergebnislose Unterredung Neurath-Henderson.

Aber eine neue Zusammenkunft zwischen Neurath und Henderson in Genf wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß sich keine Änderung der Lage ergeben habe. Zergeltliche Schritte in der Richtung einer Zusammenkunft zwischen Neurath und Herriot seien bisher noch auf keiner Seite eingeleitet worden. Aus den Mitteilungen, die Henderson dem deutschen Außenminister gemacht habe, gehe hervor, daß gegenwärtig weder auf englischer noch auf französischer Seite ein für Deutschland in irgendeiner Richtung annehmbarer Plan vorliege. Es besteht allgemein der Eindruck, daß die diplomatischen Besprechungen nunmehr endgültig ins Stocken geraten sind.

Ein Appell des Reichswirtschaftsministers an die Unternehmer.

Bei der Einweihung des Industrie- und Handelskammer-Neubaus in Köln hielt der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Es ist unmöglich, in einem so dicht bevölkerten Lande wie Deutschland ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen allen Menschen Arbeit und Brot zu geben, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einstellen wollte. Die Arbeitsgelegenheit muß durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden. Darunter darf aber niemals die Ausnutzung aller Möglichkeiten, die der heimische Boden bietet, leiden. Unser Ziel muß sein, die höchste Ausnutzung des Bodens mit der Erhaltung der industriellen Arbeitsstätten und mit der Pflege von Handel und Verkehr zu verbinden. Die Entwicklung in der Welt ist in den letzten Jahren in einer Richtung gelaufen, welche diesen deutschen Lebensnotwendigkeiten entgegen ist. Wir wollen hoffen, daß die Erkenntnis, daß das deutsche Interesse gleichgerichtet ist mit den Interessen der übrigen Welt, auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz sich praktisch auswirkt. Unsere Lage erlaubt es uns jedoch nicht, bis zu

diesem Zeitpunkt zu warten. Die Reichsregierung mußte daher den Versuch machen, durch eine Reihe von Maßnahmen die Überwindung des gegenwärtigen Notstandes zu erleichtern. Das Gelingen des Wirtschaftsprogramms hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, ganz besonders dürfen die mittleren und kleineren Betriebe ihre Mitwirkung nicht versagen. Ich möchte an das gesamte deutsche Unternehmertum den Appell richten, die gebotenen Möglichkeiten weitestgehend auszunutzen. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß stets der Glaube an eine bessere Zukunft lebendig sein möge, und daß über allen Gegenwärtigkeiten nicht vergessen werde, daß noch immer, auch im wirtschaftlichen, auf Krankheit und Depression Erholung und Aufstiege gefolgt sind.

Auch Reichsbankpräsident Dr. Luther richtete in seiner Rede bei den Kölner Einweihungsfeierlichkeiten einen Appell an die Wirtschaft, sich aus innerer Überzeugung dem Regierungsprogramm einzufügen und sich nicht in der Kritik an Einzelheiten zu verlieren. Mit Nachdruck betonte er, daß es eine Gefahr für die Währung nicht gebe. Im übrigen mahnte er, die Bedeutung unserer Auslandsbeziehungen für die Entwicklung unserer Industrie nicht zu unterschätzen.

Kurze politische Nachrichten.

Gelegentlich der vom Preussischen Landtag beschlossenen Vorberlegung der Gemeindevahlen auf den 6. November ist behauptet worden, die kommissarische preussische Regierung werde hiergegen Widerstand leisten. Von zuständiger preussischer Stelle wird demgegenüber erklärt, daß die kommissarische Regierung nicht in den normalen Verlauf (Vorlage beim Staatsrat und eventuelle Wiedervorlage beim Landtag) eingreifen werde.

Im Lohn- und Arbeitszeitstreik im Ruhrbergbau führten die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am Dienstag zu einer Einigung. Die Verbände erkannten die in den Schiedssprüchen vom 24. September vorgeschlagene Lohn- und Arbeitszeitregelung an und erhoben sie zum Tarifvertrag.

Die deutsche Abordnung, die die Besprechungen in der Kontingentsfrage mit den in Frage kommenden Ländern führen soll, wird voraussichtlich am Donnerstag unter Führung des Ministerialrates Walter vom Reichsernährungsministerium ihre Reise antreten. Voraussichtlich wird sich der Besuch des einen oder anderen Landes erübrigen, da möglicherweise die Verhandlungen mit diesen Ländern mit den Berliner Gesandtschaften geführt werden können.

Hindenburgs 85. Geburtstag.

Die Vorbereitungen des Festprogramms.

Die Vorbereitungen für die Feier des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten stehen vor ihrem Abschluß. Der Reichspräsident beabsichtigt, diesmal in Berlin zu bleiben, während er sonst seine Geburtstage meistens auf dem Lande verbringt. Er hat aber den Wunsch, den Geburtstag in aller Zurückgezogenheit zu verbringen. Infolgedessen finden keine öffentlichen Feiern in Gegenwart des Reichspräsidenten statt. Es ist nach dem sonntäglichen Kirchgang ein Empfang des Reichskanzlers vorgesehen. Die Reichswehr schießt sich mit einem Aufmarsch der Fahnenkompagnie an. Auch wird sie, wie verkündet, in den Garnisonorten im ganzen Reich Platzkonzerte veranstalten.

Die Reichspost gibt zum 2. Oktober eine besondere Hindenburg-Postkarte heraus. Sie ist nach Art der Gedenkbriefe für den früheren Postminister Stephan ausgestaltet; auf der linken Seite zeigt sie das Bild des Reichspräsidenten. Die eingedruckte Briefmarke ist ein besonderes Muster, das die Umrisse des Tannenbergs zeigt. Die Reichspost wird ferner die Hindenburg-Wohlfahrtsbriefmarke am 1. November in einer neuen Ausführung herausbringen, die den Kopf des Reichspräsidenten im Profil zeigt.

Das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Kundgebungen ist für den 1., 2. und 3. Oktober für ganz Deutschland aufgehoben, sofern es sich um Versammlungen und Kundgebungen handelt, die aus Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten beabsichtigt sind.

Die Zinsenkung für die Landwirtschaft in Kraft.

Der Reichspräsident hat die in der Rede des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun am Montag in München angekündigten Notverordnungen über die Zinsenkung für landwirtschaftliche Hypothekenzinsen und über das Vermittlungsverfahren für die Landwirtschaft und den verstärkten Vollstreckungsschutz unterzeichnet. Damit ist der erste Teil des Agrarprogramms der Regierung in die Tat umgesetzt.

Die Kontingentierung wird auf dem Wege einer Verordnung erfolgen, die voraussichtlich erst in zehn bis vierzehn Tagen erlassen werden wird, nachdem die Verhandlungen des Ministerialrats Walter mit den ausländischen Regierungen abgeschlossen sind.

Sächsischer Staatsbesuch in Berlin.

Ministerpräsident Dr. Schied beim Reichskanzler und Reichsfinanzminister.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Schied hat dem Reichskanzler sowie dem Reichsfinanzminister einen Besuch abgestattet. Der Ministerpräsident wies dabei auf die besonders schwierige Lage Sachsens und vor allem auch auf die Not der sächsischen Gemeinden hin. Auch über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung fanden Besprechungen statt. Im übrigen wird von unterrichteter Seite erklärt, daß es sich bei dem Besuch in der Hauptsache um einen Akt der Höflichkeit gehandelt habe.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 28. September 1932.

Das Michaelisfest.

Zum 29. September.

Das Volk sagt schlechthin „Michaelis“ und meint damit das Michaelisfest, das von der katholischen Kirche am 29. September als „Engelfest“ gefeiert wird. Es handelt

sich nämlich um den Erzengel Michael — der Name bedeutet „Wer ist wie Gott?“ —, der in alten Zeiten als Sieger über den Drachen oder über den Satan dargestellt wurde, und den die ersten Christen zum Schutzpatron über ihre Kirchen nahmen, namentlich in Deutschland. Die Anfänge dieses Engelfestes hat man schon in sehr frühen Zeiten zu finden; nach Deutschland aber scheint es als kirchlicher Festtag erst durch Karl den Großen gebracht worden zu sein. Die evangelische Kirche feiert es nicht als besonderes Fest, hat es aber vielfach zum Erntedankfest, das am Sonntag nach Michaelis gefeiert wird, gemacht. Maler und Bildhauer zeigten den Erzengel Michael, wie er mit der Lanze den Teufel durchbohrt, ihn niedertritt und in den Abgrund stürzt. Früher wurde vielfach behauptet, daß der Name des Erzengels Michael, den man auch im Schlachtgesang anrief, auf den deutschen Kriegermann und dann auf das ganze deutsche Volk übergegangen sei. Wer kennt ihn nicht, den „deutschen Michel“? Aber es ist doch sehr zweifelhaft, ob dieser „deutsche Michel“ wirklich mit dem heiligen Michael zusammenhängt. Michel ist zwar eine Abkürzung von Michael, aber der „deutsche Michel“, dem man eine gewisse Schwermütigkeit und gutmütige Unflughet nachsagt, ist doch wohl erst zur Zeit der Befreiungskriege entstanden. Mit dem althochdeutschen Worte „michel“, das ist stark, groß, hat er nichts zu tun.

Früher hatte der Michaelistag in Deutschland in mannigfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung, nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt, vor allem in den kleineren Städten. Man mietete und vermietete, man kündigte und verabredete Zahlungen — Zinszahlungen zum Beispiel — nicht wie heute für ein Vierteljahr oder ein halbes Jahr oder ein Jahr, sondern setzte als Termine bestimmte Kirchentage an. Und ein solcher wichtiger Termin für Zahlungen und Kündigungen mit Notvereinigungen war in erster Linie Michaelis und ist es vielerorts bis zum heutigen Tage geblieben, insofern gesetzliche Bestimmungen es nicht anders wollen. Ein Dienstbotenwechsel geschieht in kleineren Orten noch heute vielfach „zu Michaelis“.

Aber noch eine andere große Bedeutung hatte und hat zum Teil auch jetzt noch der Michaelistag. „Im Michaelis“ — das ist die Zeit der großen Märkte, der Jahrmärkte, die jetzt ja wohl lange nicht mehr so wichtig sind wie in der guten alten Zeit, aber für gewisse Gegenden doch immer noch als Markttage gelten, weil sie die Bevölkerung eines ganzen Bezirkes, eines vielleicht etwas größeren Ortes und seiner ganzen ländlichen Umgebung, zu einer bestimmten Zeit sich zusammenfinden lassen zum Kauf und Verkauf. Aber auch im großen geschieht das: man braucht da nur an die große Leipziger Michaelismesse zu denken, die allerdings nicht erst dicht vor Michaelis beginnt, sondern schon lange vorher, so in den letzten Augusttagen, aber sich bis zur Michaeliszeit erstreckt. Aus all dem ist zu erkennen, daß Michaelis auch in unserer Zeit noch ein Tag von besonderer Art ist, und daß man seiner auch dort, wo er längst nicht mehr als Feiertag gilt, zu gedenken hat.

Gesundheitsregeln für den Herbst.

Die schönen Tage des Herbstes machen uns den Abschied vom Sommer schwer. Wir wollen es noch nicht wahrhaben, daß die warme Jahreszeit vorüber ist, und lassen uns dadurch im Herbst oft zu Vorhuten verleiten, die wir mit einem Schnupfen, einem Herzensschmerz, wenn nicht mit schwererer Erkrankung büßen müssen. Da heißt es also aufpassen und sich einige Gesundheitsregeln für den Herbst zu eigen machen.

Zunächst müssen wir in der Auswahl unserer Kleidung den scharfen Temperaturschwüngen der herbstlichen Witterung Rechnung tragen. Man vergesse nicht, am Morgen und am Abend den Mantel anzuziehen oder wenigstens für den Bedarfsfall mitzunehmen. Auch empfiehlt es sich, schon ein wenig wärmeres Unterzeug, besonders bei feuchtem oder nebligem Wetter, zu tragen. Das lange Sitzen im Freien muß man, besonders am Abend, vermeiden, dagegen ist ein herbstlicher Spaziergang, der das Blut in Umlauf bringt, durchaus zu empfehlen. Hat uns ein plötzlicher Regenguß überrascht, dann dürfen wir nicht verärgert, zu Hause Schuhe und Strümpfe zu wechseln. Da man im Herbst schon heizen soll, ist eine Frage, die weniger der Kalender als das Zimmerthermometer beantworten sollte. Es darf niemals vergessen werden, daß blutarme Menschen und alte Leute leichter frieren als andere.

Es wird zweckmäßig sein, die Kost im Herbst etwas fettreicher zu gestalten; im übrigen sollte man für die Ernährung die Gaben der Jahreszeit, vor allem aber frisches Obst und frisches Gemüse, solange sie noch zu haben sind, bevorzugen und sich so Nährstoffe, die uns im Winter fehlen, gleichsam auf Vorrat einverleiben. Ein falscher Ehrgeiz ist es, sich im Herbst „abhärten“ zu wollen und die Tücken der herbstlichen Witterung unbeachtet zu lassen. Wer nicht den Frühling und Sommer zur „Abhärtung“ benutzt hat, der darf sich nicht wundern, wenn er einer der Herbstkrankheiten zum Opfer fällt.

* Handelskammerprüfung in Stenographie und Maschinenschreiben. Die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen teilt mit, daß die diesjährige Handelskammerprüfung in Stenographie und Maschinenschreiben am Sonnabend, den 15. Okt. 1932, nachmittags 3 Uhr, im Gebäude der Kaufmannsschule zu Hagen stattfindet. Neben der Prüfung in Kurzschrift — sogenannte Geschäftst-Stenographenprüfung — wird zum ersten Mal die durch die neue Prüfungsordnung geschaffene Prüfung in Maschinenschreiben abgehalten. Die Anzahl modern geschulter und hervorragend brauchbarer Stenotypisten und Stenotypistinnen ist trotz des Ueberangebots am Kaufmännischen Stellenmarkt noch immer gering. Die Prüfungen haben daher den Zweck, durch Anerkennung und Förderung den nach guten Leistungen strebenden jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Wettbewerb messen zu können. Ueber das Prüfungsergebnis wird eine Zeugniskunde ausgestellt. Nähere Einzelheiten sowie Prüfungsbedingungen und Anmeldeformulare können beim Prüfungsamt der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, Bahnhofstr. 18, angefordert werden.

* Reichswohlfahrtshilfe der Landkreise. Die durch die Juni-Notverordnung vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel zur Erleichterung der Wohlfahrtsfürsorge der Bezirksfürsorgeverbände decken die Ausgaben nur zu einem Bruchteil und sind daher unzureichend. Es kommt hinzu, daß von Monat zu Monat mehr Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung und Pensionsfürsorge auscheiden und als Wohlfahrtsfürsorgebedürftige nun völlig den Bezirksfürsorgeverbänden zur Last fallen. Die Ausgaben des Reiches für Arbeitslosenversicherung und Pensionsfürsorge sinken, die Ausgaben der Bezirksfürsorgeverbände steigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß das Reich von der in

Die Kontingentierung landwirtschaftlicher Einfuhr.

Von zuständiger Stelle wird zu der Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine erläuternde Begründung gegeben, der folgendes entnommen wird: Ein Kernstück des Agrarprogramms der Reichsregierung ist die Kontingentierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die einseitig auf Förderung der Exportindustrie gerichtete Handelspolitik der Nachkriegszeit hat es als ihre vorrangige Aufgabe betrachtet, zwecks Steigerung der deutschen Ausfuhr die Vertragspartner zu möglichst weitgehenden Zugeständnissen auf industriellem Gebiet zu veranlassen. Die für die Erreichung dieses Zieles notwendigen Gegenleistungen wurden in zahlreichen Bindungen und Herabsetzungen landwirtschaftlicher Zölle gefunden. Es zeigte sich jedoch schon nach kurzer Zeit, als die Überzeugung von Getreide in der Welt zu völligem Preisverfall führte, daß auch die deutsche Landwirtschaft in diesen Strudel mit hineingezogen und die Aufrechterhaltung der deutschen Getreideerzeugung ernstlich in Frage gestellt werden mußte, wenn es nicht gelang, den Schutz gegenüber solchen internationalen Preiszusammenbrüchen schnell in der jeweils erforderlichen Weise zu verstärken. Die rechtzeitige Erkenntnis dieser Verhältnisse auf dem Getreidegebiet führte dazu, daß die früher eingegangenen Zollbindungen beseitigt wurden. Sofort zeigte sich, daß es möglich war, den deutschen Getreidebau nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern ihn sogar so auszugestalten, daß Deutschland nunmehr in der Brotgetreideversorgung den eigenen Bedarf selbst decken kann und auch in der Futtergetreideversorgung ein früher nicht für möglich gehaltenes Maß von Unabhängigkeit gewonnen hat.

Die immer mehr um sich greifende Wirtschaftskrise führte in ihrem weiteren Verlauf dazu, daß Preiszusammenbrüche wie beim Getreide in der Folge auch bei der Veredelungswirtschaft eintraten. Diese Preiszusammenbrüche riefen Abwehrmaßnahmen der Länder hervor, die eine eigene Landwirtschaft zu verteidigen hatten.

Die Länder, die in überwiegendem Maße Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte ausfuhrten, gerieten durch diese Abwehrmaßnahmen in große Schwierigkeiten. Die natürlichen Abzugskanäle für ihre Waren wurden verstopft, die zu angemessenen Preisen nicht mehr unterzubringenden Waren drängten sich auf die Länder derjenigen Märkte zusammen, die ohne ausreichenden Schutz waren. Sie warfen dort die Preise und brachten der Landwirtschaft dieser Länder Absatzstörungen, sowie in kurzer Zeit den Verlust der Rentabilität ihrer Veredelungswirtschaft, obwohl diese Länder Zuschußländer waren und infolgedessen bei geeigneter Regulierung der Einfuhr eine für ihre Landwirtschaft rentable Preisbildung hätten erreichen können.

In dieser Lage befand und befindet sich Deutschland. Seine Veredelungswirtschaft ist völlig unrentabel geworden, weil es infolge der noch immer bestehenden Zollbindungen den Schutz gegenüber den preiszerstörenden Einwirkungen des Auslandes bisher nicht ausreichend verstärken konnte. Der Landwirtschaft kann mit einer vernünftigen Gestaltung der Getreidepreise allein nicht geholfen werden, da die Verluste bei der Vieh- und Milchwirtschaft um ein Vielfaches höher sind als die aus der Rentabilität des Getreidebaues sich ergebenden Vorteile.

Es ist daher notwendig, die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem Auslande so zu beeinflussen, daß nicht nur der Absatz der Inlandsproduktion zu angemessenen Preisen ermöglicht wird, sondern im Interesse der Arbeitsbeschaffung darüber hinaus die im heimischen Boden liegenden Erwerbsmöglichkeiten auf das äußerste ausgenutzt werden.

Der Zollschutz für die bäuerliche Veredelungswirtschaft, der als das normale Mittel der Beeinflussung der Einfuhr angesehen werden muß, ist in zahlreichen Handelsverträgen verankert. Seine rechtzeitige Befreiung von diesen Bindungen wurde bisher unterlassen oder nur unzulänglich durchgeführt. Heute steht nun Deutschland vor der Entscheidung, ob es die bäuerliche Veredelungswirtschaft verkümmern und damit den Binnenmarkt einem nicht mehr zweifelhaften Schicksal überlassen will, oder ob es mit entschlossener Kraftanstrengung die Voraussetzung für den Wiederaufbau seiner bäuerlichen Wirtschaft, für die Stärkung der Kaufkraft der Landwirtschaft und damit für die Kräftigung und den Ausbau des Binnenmarktes schaffen will.

Darüber, daß eine Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität und die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf das höchstmögliche Maß eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk ist, bestehen auf keiner Seite Zweifel. Aber man wendet zweierlei ein: Einmal würde durch Schaffung des Schutzes gegenüber dem Auslande die deutsche Ausfuhr vernichtend getroffen werden, weil das Ausland gegen solche Maßnahmen wehren würde, und außerdem sei eine Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse für die Verbraucher nicht tragbar und wegen ihrer gesunkenen Kaufkraft auch nicht erreichbar.

Unser industrieller Ausfuhr ist stark rückläufig und muß infolge der Abwehrmaßnahmen und infolge der vernichteten Kaufkraft der als Abnehmer in Frage kommenden Agrarländer immer weiter zurückgehen. Es kann nicht verantwortet werden, dieser voranschreitenden Entwicklung gegenüberzustehen, ohne den Versuch zu machen, durch Ausbau der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten die landwirtschaftliche Erzeugung rentabel zu machen, damit der Anreiz zu einer gesteigerten Erzeugung zu geben und so durch Ausbau der im Lande vorhandenen Produktionsmöglichkeiten neue Beschäftigungsgelegenheiten zu finden.

Der zweite Einwand gegen eine Einfuhrbeschränkung ergibt sich aus ihren etwaigen Rückwirkungen auf die Verbraucher. Solange die gegenwärtige starke Arbeitslosigkeit andauert, kann die Landwirtschaft nicht mit Preisen rechnen, die bei allen ihren Erzeugnissen auf früherer Höhe liegen. Es ist nicht einzusehen, weshalb Nahrungsmittel aus dem Auslande eingeführt werden müssen, wenn sie im Inlande hergestellt werden können, auf der anderen Seite braucht keine Erhöhung der vom Verbraucher zu zahlenden Preise einzutreten, wenn der Absatz in vernünftige Bahnen gelenkt, die Handelskassen auf das richtige Maß zurückgeführt und der Landwirtschaft durch den Abbau der Zins-, Steuer- und Soziallasten eine Produktion zu geringeren Selbstkosten als jetzt ermöglicht wird. Dazu kommt, daß gerade die Einfuhrkontingentierung, die nicht, wie die Zollerhöhung dies zunächst tut, die Preise erhöht, sondern dazu dienen soll, den Absatz heimischer Erzeugnisse in den

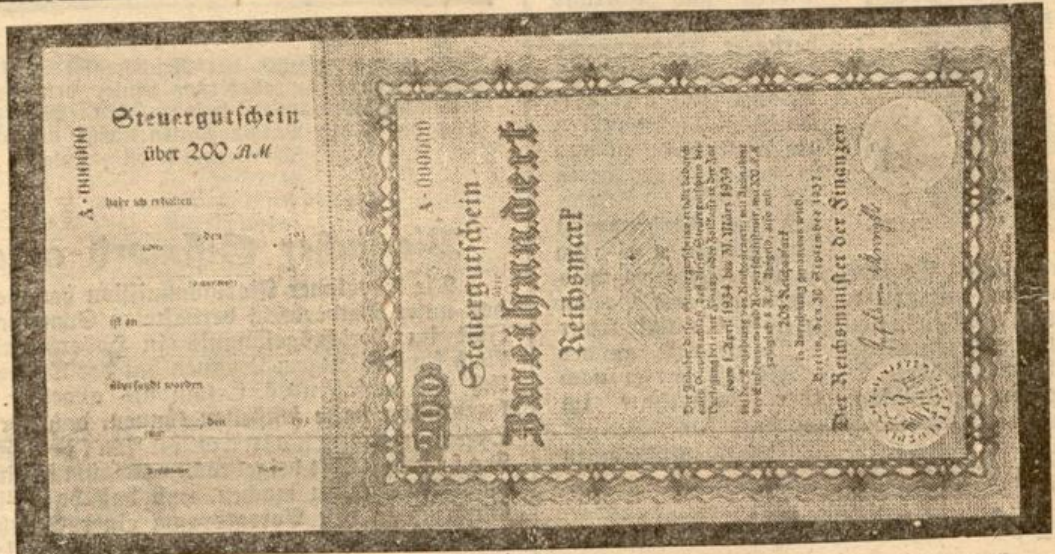
Die Polizei im Staate

Bracht über die Stellung der Polizei.

Vor dem Vorstand und Ausschuss des Verbandes Preussischer Polizeibeamten erklärte der kommissarische preussische Innenminister Dr. Bracht in einer Rede über die Stellung des Polizeibeamten im Staate, die Polizei stehe auf der Linie, auf der sich Staat und Volk berühren, und von ihrer Haltung hänge es in hohem Maße ab, daß zwischen Staat und Volk keine Kluft bestehe. Je mehr es gelinge, aufrechte und ihrer Überzeugung treue Männer in der Polizei zu einem von keiner Partei beeinflussten Beamtenkörper zu verschmelzen, desto stärker werde die Stellung der Polizei im Gesamtrahmen des Staates sein. Die Entscheidung in Personalangelegenheiten dürfe keine Angelegenheit der Parlamente sein, auch keine Angelegenheit der Verbände. Die Fragen des Wahlrechtes und der Koalitionsfreiheit bezieht sich der Minister als noch nicht spruchreif, er erklärte jedoch, die Einschränkung solcher Rechte für Männer, die an hervorragender Stelle dem Staate zu dienen berufen seien, dürfe nie eine deklassierende Maßnahme, sondern allein das Zeichen einer besonderen Einstellung im Staate sein. Dem Treueid auf die Verfassung sei und bleibe die Beamtenschaft verpflichtet. „Der Weg in die Zukunft“, so schloß Dr. Bracht, „steht uns vor die Aufgabe, durch eine zweckmäßigere Form der Verfassung neue Formen einer Willensbildung des Volkes und damit einer tätigen Mitarbeit des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten zu finden.“

Keine Ausfagegenehmigung vor dem Landtagsausschuß.

Der Ausschuss des Preussischen Landtags zur Untersuchung der Vorwürfe gegen die Polizei bei politischen Vorkommnissen und Veranlassungen hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Zur Untersuchung stehen zur Zeit die Vorgänge beim Aufziehen der Skagerrak-Marinewache in Berlin. Die Nationalsozialisten machen der Polizei den Vorwurf, daß sie gegen die der Wache zugehörige Volksmenge in unzulässiger Weise vorgegangen sei. Gleich nach Eröffnung der Sitzung gab Ministerialdirektor Dr. Klauser eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Sitzungen des Ausschusses hätten ergeben, daß die Polizeibeamten als Angeklagte dastünden, denen man teilweise mit vorgetragener Meinung gegenüberträte. Diese Umstände erzeugten in der Öffentlichkeit und in der Polizeibeamtenschaft eine außerordentliche Unruhe. In der Öffentlichkeit entfalte der Eindruck, als sei die Polizei sinnlos vorgegangen, und bei der Beamtenschaft entfalte die Auffassung, als nehme der Minister sie nicht für Handlungen in Schutz, die in Ausübung der ihnen gegebenen Befehle erfolgt seien. Es entfalte die Gefahr, daß die Beamten in der Ausübung ihrer Pflicht erlahmen und ängstlich würden, wenn sie sich beim Waffengebrauch stets vor Augen halten müßten, unter Umständen vor einen Untersuchungsausschuß des Parlaments zu kommen. Dadurch werde die öffentliche Sicherheit erheblich gestört. Deshalb sehe sich der Reichskommissar genötigt, die Ausfagegenehmigung diesen Beamten zu versagen. Er werde sich die Ausfagegenehmigung an politische und Polizeireferatsbeamte, die für die Befehlsgebung im einzelnen verantwortlich seien, von Fall zu Fall vorbehalten. Die Regierungserklärung wurde vom Ausschuss scheinbar angenommen.



Dies ist ein Steuergutschein. Das Muster eines Steuergutscheines, wie er auf Grund des Wirtschaftsankurbelungsprogramms der Reichsregierung ab 1. Oktober ausgegeben werden soll.

Vordergrund zu stellen, die für den Verbraucher am wenigsten bedenkliche Form der Einfuhrregelung ist.

Zu den beschlossenen Kontingentierungsverfahren selbst ist folgendes zu bemerken:

Die Kontingentissätze sollen zunächst nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1932 gelten. Es ist nicht beabsichtigt, eine starre Einfuhrkontingentierung für das gesamte Jahr und gleichmäßig für alle Waren vorzusehen, vielmehr soll sie nur für bestimmte Perioden erfolgen.

Die vorgesehene Einfuhrkontingentierung vermeidet jede unnötige Zentralisierung. Sie sieht von der Festsetzung eines Gesamtkontingents und von einer Unterverteilung auf die einzelnen Länder ab. Sie schreibt vielmehr vor, daß jede einzelne Firma einen festgesetzten Hundertteil derjenigen Menge der gleichen Ware einführen darf, die sie in der entsprechenden Zeit des vergangenen Jahres importiert hat. Jede Firma, die das Recht zur Einfuhr erlangen will, wendet sich an ihr örtlich zuständiges Hauptzollamt. Jede Willkür im Einzelfalle wird durch diese Regelung ausgeschlossen. Dem Handel bleibt es überlassen, woher er seine Waren beziehen will. Die Konkurrenzmöglichkeit der einzelnen Länder untereinander bleibt gewahrt.

Die Lage der unteren und mittleren Post- und Telegraphenbeamten.

Im Plenarsitzungsjaal des Reichswirtschaftsrats hat in den Tagen vom 21. bis 23. September das größte Postbeamtenparlament getagt: Der 21. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten e. V. — Vertreter des Reichspostministeriums, des Verwaltungsrats der Reichspost und der Parteien waren zugegen. Außerdem waren der Sekretär der Internationale des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals, Vertreter französischer Postbeamtenverbände und des Deutschen Beamtenbundes zugegen.

In Entschließungen forderte der Verbandstag u. a. Verbesserung der z. Zt. äußerst ungünstigen Anstellungsverhältnisse der Hilfspostschaffner und Hilfspostkraftwagenführer, der Beförderungsverhältnisse der Postschaffner und Postboten, der für den Aufstieg in Stellen des mittleren Postfachdienstes geprüften Beamten sowie jener der technischen Betriebszweige; ferner Beseitigung besonderer Härten bei der Anrechnung von Dienstzeiten auf das sogenannte Diäten- und Bezahlungsdienstalter. Mit Entschiedenheit wurde verlangt, daß von den maßgebenden Stellen jedes geeignet erscheinende Mittel benutzt wird, um die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu bessern. Gefordert wurde auch — und zwar „nicht zuletzt im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit“ — schärfste Bekämpfung der auf Überführung der DRP in eine nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleitete Gesellschaftsform gerichteten Bestrebungen und die ungeschmälerte Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums bei der DRP, weil hierin die beste Gewähr für die Wahrung des Postgeheimnisses, eine

unverlässige Behandlung der Postfachen und ein sicheres Funktionieren der dem öffentlichen Interesse dienenden Nachrichtenübermittlung erblickt wird. In der Einrichtung einer Postsparkasse sieht der Verbandstag einen geeigneten Weg, um den Spartrieb zu neuer, vom Vertrauen in die Sicherheit der angelegten Gelder für Zwecke der Wirtschaft und damit der Arbeitsbeschaffung getragenen Betätigung zu erwecken.

In wirkungsvoller Weise wiederholten die im Reichsverband vereinigten Postbeamten (147 000) durch eine einmütige Kundgebung des Verbandstages ihr Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat und zu streng verfassungsmäßiger Staatspolitik. Die innere Geschlossenheit des Verbandes kam auch in der einstimmigen Wiederwahl des 1. Verbandsvorsitzenden, Postsekretär Franz Kugler-Berlin, zum Ausdruck.

Seltene Funde am Meeresgrund.

Wenn das Schleppnetz des Fischers über den Meeresgrund streift, faßt es mitunter ganz seltene Beute. Außer den abenteuerlichsten Gestalten der Fische, Seeesterne und Muscheln kommen Gegenstände zutage, die oft vor Jahrzehnten, ja Jahrhunderten durch irgendeinen Zufall ins Meer versunken sind. Da fand sich vor kurzem im Netz eines Fischers im Mittelmeer eine Weinflasche, noch wohlverpackt, mit vollem Inhalt, von einer Korallenfiedlung über und über bedeckt. Da nun die Korallen im allgemeinen langsam wachsen — besonders diese Art auf der Weinflasche, die zu den Edelkorallen zählt —, so muß der Korallenstock auf der Weinflasche nach oberflächlicher Schätzung auf ein Alter



der Notverordnung vorgehenden Ermächtigung Gebrauch macht und die Wohlfahrtshilfe erhöht. Die Reichsmittel fließen den Bezirksfürsorgeverbänden als den Trägern der Wohlfahrtsetwerbslosenfürsorge zu, also den Stadt- und Landkreisen. Die preussischen kreisangehörigen Gemeinden werden an diesen Mitteln nicht unmittelbar beteiligt. Preußen hat vielmehr den in der Notverordnung vorgehenden Weg der Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden durch den Landkreis gewählt, und zwar in der Form, daß das bisher von den kreisangehörigen Gemeinden getragene Fünftel der Fürsorge nunmehr, wie es bereits bei den Fürsorgeaufgaben auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung der Fall war, von den Bezirksfürsorgeverbänden übernommen wird. Die kreisangehörigen Gemeinden haben also nur noch 30% des gemeindlichen Fünftels zu tragen. Sie sind in Höhe von 70% dieser drückenden Ausgaben und damit in erheblichem Umfang entlastet. Diese Regelung hat, abgesehen davon, daß sie organisch richtiger ist als eine direkte Beteiligung an der Reichshilfe den großen Vorteil, daß sie dem Gedanken des Lastenausgleichs durch den Kreis Rechnung trägt. Diese Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden bringt aber den Landkreisen eine neue Belastung, die in zahlreichen Kreisen erheblich höher ist, zum Teil sogar ein Vielfaches des Betrages ausmacht, den die Landkreise als Reichswohlfahrtshilfe erhalten. Auch aus diesem Grunde muß die Reichshilfe erhöht werden.

Halber

—) Stahl-Silos. Im Laufe dieser Woche werden auf dem Gut Jsenburg b. Kierspe, die von der Siegener A.-G. in Geisweid gelieferten neuen Stahlring-Silos gezeigt und zwar wird dort auch die Füllung der Silos vorgeführt. Die Landwirte unserer Gemeinde, welche Interesse an dieser neuen Konstruktion Silos haben, können sich beim Vorstehenden des Landwirtschaftlichen Vereins Halber melden. Von dort aus erhalten sie dann Nachricht, an welchem Tage dieser Woche die Füllung vor sich geht. Vorgelesen ist hierfür die Zeit von nachm. 4—6 Uhr, da dann Autobusverbindung hin und zurück mit Kierspe besteht.

Brügge

—: Auf dem Gesangwettbewerb, aus Anlaß der 25jährigen Jubelfeier des M.G.B. Döhlinghausen, errang der hiesige M.G.B. „Niedebacht“ in der 2. Klasse, den 1. Klassen-, 1. Ehren-, 3. Hauptehren- und Dirigentenpreis. Wir gratulieren „Niedebacht“ dazu und hoffen, daß er unter der bewährten Stabsführung seines Dirigenten, Musikmeister H. Meyer, noch weitere Erfolge erzielen wird.

—: Gegen 21 Uhr ertönte die Brand sirene. Zum Glück war kein Brand ausgebrochen, sondern es handelte sich um eine Nachübung der Freiwilligen Feuerwehr mit der Sanitätskolonne. Es war angenommen, daß ein Haus an der sogenannten schiefen Abelle, zwischen Brügge und Oberbrügge, in Brand geraten war, welches Feuer sich auf die übrigen Häuser ausbreitete. Trotz des regnerischen Wetters war die Feuerwehr schnell zur Stelle und brachte die Motorpumpe an der Volme in Stellung. Es sollte versucht werden, daß Wasser bis an die höchstgelegenen Stellen zu bringen, ein Versuch, der glatt gelungen ist. Bei den Vörsarbeiten hatten einige Feuerwehrleute Verletzungen erhalten und trat hierfür die Sanitätskolonne in Tätigkeit, die sich einen provisorischen Verbandspfad eingerichtet hatte. Alles in allem hat die Nachübung gezeigt, daß unsere Feuerwehr und Sanitätskolonne gut ausgebildet sind und wir uns im Notfalle darauf verlassen können.

Kierspe-Bhf.

—b Wie im vergangenen Jahre, so soll auch jetzt wieder eine großzügige Aktion zur Winterhilfe hier selbst durchgeführt werden. Der Herr Bürgermeister hat für Freitag, den 30. d. M. zu einer Besprechung eingeladen, um die Vorarbeiten in die Wege zu leiten. Im vergangenen Herbst fand hier selbst ein Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten der Winterhilfe statt und trägt man sich auch jetzt wieder mit dem Gedanken, durch eine Veranstaltung Mittel bereitzustellen, die in Sonderheit für die Bedürftigen in Kierspe-Bhf. bestimmt sein sollen.

—b Das Fest der silbernen Hochzeit begehen am heiligen Mittwoch die Eheleute Werkmeister Emil Wirth und Frau Anna geb. Wenn, Hauptstraße hier selbst. Am gleichen Tage können auch die Eheleute Dreher Ernst Ewald Widenhagen in Neuenbrücke bei Kierspe-Bhf. ihr silbernes Ehejubiläum begehen. Beiden Paaren unsere herzlichsten Glückwünsche.

Lüdenscheid. Eine Sitzung der Amtsvertretung findet am Freitag, 30. Sept., 17 Uhr im Amtshause und eine solche der Gemeindevertretung Hülfscheid am Dienstag, 4. Okt., 16 Uhr bei Spelsberg-Heesfeld statt. (Siehe die Bekanntmachung.)

Lüdenscheid. Bürgermeister a. D. Krumm stellt Strafantrag gegen sich selbst! Wie wir berichteten, hatte Bürgermeister i. R. Krumm am 5. Sept. Anzeige gegen die „Volksstimme“ wegen Übertretung nach §§ 11, 19 Ziffer 3 des Pressegesetzes bei der Hagener Oberstaatsanwaltschaft erstattet. Es handelte sich um die von der „Volksstimme“ im Zusammenhang mit dem Straßenbau Nummernloß gegen den früheren Amtsbürgermeister erhobenen Beschuldigungen. Mangels öffentlichen Interesses hat, wie wir erfahren, die Hagener Oberstaatsanwaltschaft die Strafverfolgung eingestellt. Ein öffentliches Interesse, sagt der Oberstaatsanwalt, liegt nur vor, wenn das Staatsinteresse objektiv berührt und gefährdet erscheint. Da Bürgermeister Krumm sich nicht mehr im Amte befand, sei diese Voraussetzung der Erhebung einer öffentlichen Klage nicht gegeben. Dem Kläger wird anheimgestellt, Privatklage zu erheben. Bürgermeister Krumm hat darauf am 20. Sept. Beschwerde gegen den Bescheid des Oberstaatsanwalts erhoben. Für den Fall, daß dieser Beschwerde nicht stattgegeben werden sollte, hat Bürgermeister Krumm wegen der in der „Volksstimme“ erhobenen Beschuldigungen zugleich Strafantrag gegen sich selbst gestellt. Das Gerichtsverfahren dürfte somit also auf die eine oder andere Weise nunmehr in Fluß kommen.

Lüdenscheid. Todessturz aus dem Fenster. In der Eduardstraße stürzte eine Frau aus dem Fenster. Sie wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach der Einlieferung starb. Die Frau war seit längerer Zeit gemütskrank und wurde bewacht; trotzdem gelang es ihr, einen unbewachten Augenblick zu der Tat zu benutzen.

Kleinhammer. Feuer in einer Bäckerei. Gestern morgen schreckte die Bewohner Feuersalarm aus dem Schlafe. Im Hause des Bäckersmeisters Ernst Winterhoff war ein Brand ausgebrochen, gegen 3 Uhr morgens und zwar im Anbau, woselbst sich der Backofen befindet. Der Anbau brannte vollständig nieder und vom Wohnhaus der Dachstuhl. Der Schaden beläuft sich auf etwa 7000 bis 8000 RM und ist durch Versicherung gedeckt.

pn Hagen. Veruntreuungen beim städt. Versicherungssamt? Gerüchte wollen wissen, daß die Stadtkasse durch einen Oberstadtssekretär des Versicherungssamtes um 6000 RM geschädigt worden sei. Wie verlautet, soll dies nicht ganz zutreffen. Der betreffende Beamte soll den Unternehmern und den einzelnen zum Kleben verpflichteten Personen das Kleben von Invalidenmarken abgenommen haben. Das Geld hat er sich dafür geben lassen. Er behauptet, auch die Marken gekauft zu haben, ein Teil sei ihm aber gestohlen worden. Eine Schädigung der Stadtkasse kommt nicht in Frage, wohl ist die Landesversicherungsanstalt, die noch mit der Nachprüfung beschäftigt ist, geschädigt worden. Es ist ein Verzicht an die Staatsanwaltschaft und an die Regierung erstattet worden.

pn. Hagen. Rasender Radler fliegt auf die Straßbahn. Gestern nacht kam ein in Reckordtempo heranrasender Radfahrer auf der Elberfelderstraße so schwer zu einem Sturz, daß er mit stark blutenden Wunden bewußtlos liegen blieb. Er wollte im unverminderten Tempo in eine Seitenstraße einbiegen und rannte mit voller Wucht auf eine in Fahrt begriffene Straßbahn. Er stürzte vornüber und flog mit dem Kopf vor die Straßbahn. Mit einer schweren Gehirnerschütterung wurde er zur nächsten Hilfsstelle gebracht.

pn. Iserlohn. Wie oft soll man noch warnen? Nach dem Genuß von Pflaumen trank ein 63 Jahre alter Kaufmann einige Glas Bier und starb nach großen Schmerzen innerhalb weniger Stunden.

pn. Iserlohn. Schwiegerbater, Braut und 155 Dollar. Der dreißigjährige Schlosser Heinrich B. wohnt seit 1929 bei seinem zukünftigen Schwiegerbater. Dieser hat eine Schwester und eine Tochter, die in Amerika verheiratet sind. Seit einigen Jahren senden diese hier und da einige Dollarnoten, die immer aufgespart wurden und auf 155 Dollar angelaufen waren. Das Geld war dazu bestimmt, für die beiden ledigen Töchter Frieda und Charlotte einen Teil der Aussteuer zu beschaffen. Charlotte hat aber geheiratet, ohne daß die Dollarnoten angebrochen werden mußten, sodaß diese noch in einem Schrank des Schlafzimmers lagen. Da Charlotte verheiratet hatte, sollte Frieda, die Braut des B., allein das Geld bekommen. Eines Tages bekam B. Sehnsucht nach diesen Not und nahm diese an sich und verjübelte das Geld in leichtfertiger Gesellschaft. Nach Monaten bekam der Schwiegerbater mit dem zukünftigen Schwiegersohn wegen eines Wochenendhäuschens Streit und der Schwiegerbater mußte einige Ohrfeigen einstecken. Wutentbrannt begab er sich zur Polizei und stellte Strafantrag wegen Körperverletzung und gleichzeitig auch wegen Diebstahls der 155 Dollar. Die Verlobung wurde aufgelöst. Doch die Wogen des Familienzwistes kullerten sich wieder, Frieda nahm ihren Entlohn in Gnaden wieder auf und es herrschte wieder Friede in der Familie. Doch die Anzeige wegen Diebstahls mußte bestehen bleiben. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Hagen bemühten sich der Schwiegerbater und die Braut nach Kräften, den Angeklagten zu entlasten. Sie versuchten die Sache so darzustellen, daß Frieda bereits Eigentümerin der Dollarnoten gewesen sei und daß diese dem Angeklagten das Verfügungsrecht über das Geld eingeräumt habe. Der Schwiegerbater verwiderte sich in verschiedene Widersprüche, sodaß der Staatsanwalt den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig hielt. Er beantragte, da Diebstahl im Rückfalle vorlag, unter Zuhilfenahme mildernde Umstände, eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Das Gericht erkannte nur auf Unterschlagung und schickte den Angeklagten für 3 Monate ins Gefängnis.

Belsmede. Einen Sechszehner der erlegt. Gustav Senger, Alfert, konnte einen ganz kapitalen Hirsch, nämlich einen ungeraden Sechszehner, von seinem Anstich erlegen. Es ist dies eine außergewöhnliche Seltenheit, daß in den sauerländischen Revieren solch ein kapitaler Hirsch angetroffen wird.

Dortmund. 42. Westf. Feuerwehrtag in Dortmund. Schon zweimal, im Jahre 1884 und im Jahre 1892, versammelten sich die westfälischen Feuerwehren in Dortmund, um gemeinsam Besprechungen abzuhalten und die gemachten Erfahrungen untereinander auszutauschen. Der am 2. Okt. d. J. in Dortmund stattfindende 42. Westfälische Feuerwehrtag wird die dem Westfälischen Feuerwehrverbande e. V. Münster und die dem Minden-Ravensberg-Lippischen Feuerwehrverbände angegeschlossenen Wehren versammeln. Insgesamt umfassen diese Verbände 1082 Wehren mit 53 000 Mitgliedern. Wenn aus ersichtlichen Gründen auch nicht sämtliche Wehren am Westfälischen Feuerwehrtag teilnehmen können, so sind doch bereits jetzt schon mehrere tausend Feuerwehrmänner zur Teilnahme angemeldet. Das Hauptkontingent der Teilnehmer werden die freiwilligen Feuerwehren bilden. Selbstverständlich nimmt auch — vor allem an den Übungen — die Dortmunder Berufsfeuerwehr teil. Der 42. Westfälische Feuerwehrtag in Dortmund wird durch die vorgesehenen Übungen nicht nur bei den Wehren selbst, sondern auch beim Publikum größtes Interesse hervorrufen, zumal durch Anlage einer Großlautsprecheranlage die Erläuterung der Übungen ermöglicht werden wird.

Wipperfurth. Landrat Huttrop preussischer Kommissar. Vom preussischen Staatsministerium wurde der bisherige Landrat des Kreises Wipperfurth, Huttrop, zum Kommissar mit einem „Sonderauftrag“ bestellt. Wie verlautet, handelt es sich um ein Kommissariat für die Amtszusammenlegung.

Kemscheid. Felssturz an der Straße Burg-Kemscheid. Am Sonntag nachmittag gegen 5.30 Uhr ereignete sich an der Provinzialstraße von Burg nach Kemscheid in der Nähe von Kellershammer am Eschbach ein Felssturz. Unter großem Getöse löste sich ein etwa 20 Meter hoher Felsen und stürzte auf einen freien Platz an der Landstraße. Die ganze Umgebung war in eine dichte Staubwolke gehüllt. Einige Felsstücke von mehreren Meter Durchmesser rollten auf die Straße, richteten aber keinen wesentlichen Schaden an. Menschenleben kamen ebenfalls nicht zu Schaden. Kurz vor dem Unfall hatte sich eine Gruppe von Radfahrern an dem freien Platz niedergelassen, um dort zu übernachten, war aber dann doch weitergezogen. Der Felsen ist von Bäumen und Strauchwerk bezaubert und wurde noch kürzlich von Kindern nach Brombeeren abgesucht. Wahrscheinlich war durch das Eindringen der starken Regenmassen der letzten Tage in einen bisher nicht bemerkten Felspalt der Felsen unterhöhlt worden.

Seesen (Harz). Zum Seesener Mädchenmord. In Gegenwart des Försters Winkel, der der Ermordung der Liselotte Hoffmeister beschuldigt wird, fand hier ein Ortstermin statt. Die Stelle, an der die Leiche vergraben war, war so gewählt, daß der Mord wohl kaum sobald entdeckt worden wäre, wenn der Zufall nicht die Witzsamkeit an den Ort geführt hätte. Die Frau Winkels hat einen Nervenzusammenbruch erlitten.

Emden. Deutsche Dienstmädchen kehren aus Holland zurück. Eine Anzahl deutscher Dienstmädchen aus Ostfriesland und Oldenburg, die seit längerer

Zeit in Ostfriesland in Dienst standen, sind dieser Tage in ihre Heimat zurückgekehrt. Obgleich die Arbeitgeber in Holland sich für die Mädchen verwandten, bestand die Polizei auf Entlassung der Mädchen, da die Arbeitslosigkeit auch in Holland großen Umfang angenommen hat.

Borkum. Zwei Langenjalzalkämpfer 89 Jahre alt. Am Donnerstag dieser Woche kann der hiesige Veteran Anton Göken seinen 89. Geburtstag feiern. Er hat außer dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 den Krieg von 1866 mitgemacht und an der Schlacht von Langenjalz teilgenommen. Auf der Insel wohnt noch ein zweiter Langenjalzalkämpfer, Alois Bakker, der vor einiger Zeit ebenfalls 89 Jahre alt wurde.

Osnabrück. Stier tötet einen Landwirt. In der Bauernschaft Höne bei Dinklage fand man den Landwirt Jürgens tot auf der Weide auf, wo er sein Vieh hatte füttern wollen. Bei der Untersuchung fand man Blutspuren an den Hörnern eines Stieres. Dieser muß dem Landwirt den Todesstoß in den Hals versetzt haben, der die Schlagader zerriß und durch Verblutung den Tod Jürgens herbeiführte.

Nah und Fern

○ Kapitän Schneider von seinen Löwen angefallen. Auf dem Münchener Oktoberfest gastierte Kapitän Schneider mit seinen 52 Löwen. Bei einer Abendvorstellung fielen plötzlich vier alte Löwen über einen kleineren Löwen her und versuchten, ihn zu zerfleischen. Kapitän Schneider fuhr mit Peitsche und Schürhaken dazwischen. Daraufhin sprang ein Löwe hinterücks Kapitän Schneider an und biß ihn in die Hüfte. Auch zwei andere Wandler, die Kapitän Schneider zu Hilfe eilten, wurden von den Löwen verletzt.

○ Englisches Bombenflugzeug abgestürzt. In der Nähe von Holteach in Lincolnshire ging ein Bombenflugzeug kurz nach dem Abwurf von zwei Übungsbomben plötzlich in Flammen auf, stürzte ab und explodierte mit der gesamten Bombenladung. Der Führer des Flugzeuges wurde getötet.

○ Wirbelsturm auf den Jungferninseln. Nach einer Meldung aus New York sind die zwischen den Großen und Kleinen Antillen gelegenen Jungferninseln von einem Wirbelsturm heimgesucht worden. Einzelheiten fehlen noch.

○ Fünfzehn Todesopfer einer Brandkatastrophe. In Rubiel in der Nähe von Brest-Litovsk hat eine Feuerbrunst 350 Bauernwirtschaften völlig vernichtet. Fünfzehn Personen, darunter Frauen und Kinder, fanden in den Flammen den Tod. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

○ Schiebung mit Dienstmädchen. Wegen großer Schiebung mit Dienstmädchen, wie sie von den Behörden verwandt werden, wurden in Bayern und in Berlin mehrere Personen verhaftet. Auch Beamte sind in die Sache verwickelt. Die Marken wurden von einem aus Braunschweig stammenden Briefmarkenhändler Burgsdorf, der sein Geschäft in Kopenhagen hat, in den Handel gebracht. Burgsdorf ist in Berlin festgenommen worden.

○ Nordseesturm beschädigt das Motorschiff „Barbara“. Das Motorschiff „Barbara“, das zusammen mit einigen anderen Handelsschiffen von der Reichsmarine zur Teilnahme an den Manövern in der Nordsee gechartert worden war, lehrte, da es durch den Sturm beschädigt worden war, durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Ostsee zurück. Durch schweres Arbeiten des Schiffes in der stürmischen Nordsee hatte sich einer der Motortürme gelöst. Er stürzte über Bord und streifte dabei einen Leichtmatrosen, der mit schweren Verletzungen in Cuxhaven an Land gefügt und dem dortigen Krankenhaus zugeführt wurde.

○ Ein Vierzehnjähriger tötet seinen Freund mit dem Messer. Der zwölfjährige Sohn des Besitzers Kirsch in Krotzingen bei Memel ging mit seinen beiden Schwestern und seinem vierzehnjährigen Freunde in den Wald, um Pilze zu sammeln. Die beiden Knaben gerieten miteinander in Streit, bei dem der kleine Kirsch von seinem Freunde einen Messerstich erlitt, der ins Herz drang und den sofortigen Tod des Knaben zur Folge hatte. Der Messerstecher wurde verhaftet.

○ Eine Geldfiste mit 10 200 Mark verschwunden. Auf dem Allensteiner Bahnhof ist beim Abladen von Postsendungen, die mit der Bahnpost in Allenstein eingetroffen waren, eine Geldfiste mit 10 200 Mark abhandengekommen. Die Oberpostdirektion Königsberg hat für die Ermittlung des Diebes 300 Mark und für die Wiedererlangung des Geldes 3 Prozent der zurückgebrachten Summe als Belohnung ausgesetzt.

○ Ein Schnellzug überfährt ein Lastauto. Der Schnellzug D. 144 Dresden—Leipzig überfuhr zwischen Dahlen und Dornreichenbach ein Lastauto des Rittergutes Börsen. Das Auto wurde eine Strecke mitgeschleift und zerstört. Der Führer Gustav Viebig, Vater von neun Kindern, fand bei dem Unfall den Tod. Die Lokomotive des Zuges wurde beschädigt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Schranke nicht geschlossen war.

○ Ein Toter, sechs Verletzte bei einem Verkehrsunfall. An der Mülheimer Brücke in Köln ereignete sich ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Lieferwagen aus Gelsenkirchen fuhr mit großer Geschwindigkeit auf der Kölner Seite der Brücke über Radfahrweg und Bürgersteig gegen das Geländer. Dabei wurden eine Person getötet und zwei schwer verletzt. Vier Personen trugen leichtere Verletzungen davon.

○ Neuer Höhenweltrekord für Flugzeuge. Der französische Flieger Signerin stellte mit einem Breguet-Apparat mit einer Nutzlast von 500 Kilogramm einen neuen Höhenweltrekord auf, indem er 10 450 Meter erreichte. Den bisherigen Rekord hielt mit 9374 Meter der Franzose Burtin.

○ Kiefiger Spritschnuggel. Der Präsident und der Vizepräsident der Albany-Al- und Gas-Gesellschaft von Montreal sind unter der Beschuldigung, über 20 000 Gallonen Alkohol aus New Jersey nach Kanada geschmuggelt zu haben, verhaftet worden. Die Höhe der hinterzogenen Zölle beläuft sich auf rund 300 000 Dollar.

○ Etwa 2500 Todesopfer der Cholera in Nordchina. In dem nordchinesischen Bezirk Yungtzi hat sich die Cholera mit großer Schnelligkeit ausgebreitet und bereits über 160 Orte heimgesucht. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich bisher auf etwa 2500.

○ Von reißenden Wassermassen weggeschwemmt. In den bergigen Gegenden von Mebea in Algerien ging ein sintflutartiger Regen nieder, der die zum Teil ausgetrockneten Bäche im Nu in reißende Gebirgsströme verwandelte. Drei Eingeborene, die sich an dem Ufer eines Baches schlafen gelegt hatten, wurden von den reißenden Wassermassen weggeschwemmt und konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

○ Umfangreicher Waffenschmuggel. Der Zollfahndungsstelle Köln ist es gelungen, einem umfangreichen Waffenschmuggel auf die Spur zu kommen. Es gelang, eine Frauensperson festzunehmen, in deren Besitz dreizehn fabrikmäßig hergestellte belgische Maschinenpistolen gefunden wurden. Zwei an dem Waffenschmuggel beteiligte Personen konnten durch Beamte der Politischen Polizei in Köln-Poll gefasst werden. Da sie zu flüchten versuchten und auf Anruf nicht stehenblieben, machten die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch. Einer der Flüchtenden erhielt einen Oberschenkelsschuß und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Sein Genosse wurde verhaftet.

○ Zwei Tote und ein Schwerverletzter beim wilden Kohlenabbau. In einem Notischacht bei Voigtshausen in Ostpreußen wurden drei Arbeitslose von zusammenbrechenden Erdmassen verschüttet. Zwei von ihnen konnten nur noch als Leichen geborgen werden, der dritte wurde schwer verletzt.

○ Kampf mit Vollziehungsbeamten. Die ganze männliche Bevölkerung eines Karpatendorfes unternahm einen Kampf gegen Vollziehungsbeamte, die wegen rückständiger Steuern im Dorfe Pfändungen vornehmen wollten. Die Beamten wurden mit Mißgabeln und Dreiflügeln angegriffen. In der Notwehr gaben sie mehrere Schüsse ab. Ein Bauer war auf der Stelle tot, drei weitere wurden lebensgefährlich verletzt. Auch ein Gendarm wurde bei dem Zusammenstoß schwer verletzt.

○ Frau Borah papageientraut. Die Frau des bekannten amerikanischen Senators Borah ist von der Papageientraut befallen worden. Ihr Zustand ist ernst.

○ Bei einem Motorradunfall auf einen Baum geschleudert. Auf der Provinzialstraße Ziegenhain-Kassel stießen im Nebel zwei Motorradfahrer mit solcher Wucht zusammen, daß der eine Fahrer, der Lagerhausverwalter Krebs aus Ziegenhain, im hohen Bogen in die Äste eines Alleebaumes geschleudert wurde und dort mit einem schweren Schädelbruch so lange liegen blieb, bis Helfer erschienen. Die Hilfe kam zu spät, der Unglückliche war inzwischen infolge seiner schweren Verletzungen auf dem Baum gestorben.

○ Eine Kartoffelbuddlerkolonne vom Blitz getroffen. In Schmolde schlug der Blitz in eine Kartoffelbuddlergruppe, die aus zwölf Personen bestand, ein. Während sich die Mehrzahl der Betroffenen langsam wieder erholt, fanden die Arbeiterbefrau Ried und der Besitzersohn Oldenburg den Tod. Die beiden Geschwister Jarnitow wurden schwer verletzt in ärztliche Behandlung gebracht. Sie schweben in Lebensgefahr.

○ Zeitweilige Stilllegung einer Saargrube durch schlagende Wetter. Die Belegschaft der Grube Freifeld bei Saarbrücken wurde plötzlich aus der Grube abgerufen und ausgefahren. Es hatten sich in der Grube schlagende Wetter gebildet, so daß größte Gefahr für die Untertagearbeiter bestand. Die Mittags- und Nachtschicht durfte nicht mehr einfahren. Bis Dienstag ist die Grube stillgelegt. Inzwischen will man versuchen, die Wetter abzuleiten und zu ventilieren.

○ Eine neue Höhenweltbestleistung. Der französische Flieger Signerin, der dieser Tage mit einer Nutzlast von 500 Kilogramm eine neue Höhenweltbestleistung aufstellte, indem er 10 450 Meter erreichte, unternahm einen zweiten von Erfolg gekrönten Versuch, um auch die Höhenweltbestleistung mit einer Nutzlast von 1000 Kilogramm

zu verbessern. Signerin erreichte eine kontrollierte Höhe von 9400 Meter und überbot die bisherigen Höchstleistungen um 1300 Meter.

○ Schweres Unglück bei Versuchen mit einem „Zeppelinauto“. Zur Zeit werden in Budapest Versuche gemacht, ein Auto durch Luftschrauben vorwärtszutreiben. Man plant also eine Art „Zeppelinauto“. Bei den Versuchen wurde eine Schnelligkeit von 500 Kilometer in der Stunde erreicht. Infolge eines Chassisbruchs erfolgte aber eine Explosion. Dabei wurden der Ingenieur und der Monteur getötet. Ein weiterer Monteur wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

○ Schwere Havarie des Eisbrechers „Sibirjakow“. Der russische Eisbrecher „Sibirjakow“, der sich zur Erforschung der nördlichen Durchfahrt um Asien auf der Reise von Archangelsk nach Wladivostok befindet, hat etwa 200 Kilometer von der Behringstraße entfernt eine schwere Havarie erlitten. Mächtige Eisschollen und Eisberge hielten den Eisbrecher zunächst auf und drückten dann so auf ihn ein, daß er einen Wellenbruch der Schraube erlitt. Die Schraube ist gesunken. Die Sowjetregierung hat auf dringlichem Wege alle Maßnahmen zur Rettung des Eisbrechers getroffen.

Brandstiftung nach Erpressungsversuch.

Dienstmagd als Urheberin verhaftet.

In einem Bodenraum des Landwirts Kreuzlam in dem Dorfe Hrbbergen war Feuer entstanden, das jedoch gelöscht werden konnte, bevor es größeren Umfang gewann. Vor acht Tagen hatte der Landwirt einen Drohbrief erhalten, in welchem von ihm die Niederlegung eines Betrages von 1500 Mark an bestimmter Stelle verlangt und im übrigen betont wurde, daß, wenn dies nicht geschehe, sein Haus angezündet werden würde. Inzwischen konnte die Dienstmagd Kreuzlams als Täterin ermittelt werden, ein 21jähriges Mädchen von jugoslawischer Staatsangehörigkeit. Sie hat nach ihrer Verhaftung ein Geständnis abgelegt.

Wirbelsturm über Portoriko.

Zahlreiche Todesopfer.

Nach Meldungen aus San Juan de Portoriko hat dort ein Wirbelsturm riesigen Materialschaden angerichtet. Hunderte von Häusern sind zerstört, viele Pflanzungen vollständig verwüstet worden. Alle oberirdischen Leitungen — Telephon, Telegraph, Licht — sind unterbrochen. Die Zerstörungen sind noch größer als im Jahre 1928. Bisher sind 30 Todesopfer der Wirbelsturmkatastrophe zu verzeichnen.

Das Erdbeben in Griechenland.

Fünf Dörfer vollständig zerstört.

Nach Meldungen aus dem Erdbebengebiet sind fünf Dörfer vollständig zerstört worden, während viele andere schwer gelitten haben. Die hohe Zahl der Toten — man spricht jetzt von 150 — erklärt sich daraus, daß das Erdbeben abends gegen 10 Uhr einwirkte, als sich die meisten Dorfbewohner bereits zur Ruhe begeben hatten.

Der Gouverneur von Mazedonien ist an Bord des Torpedobootes „Peramos“, das in ein Hospitalschiff um-

gewandelt ist, nach dem Erdbebengebiet abgefahren. Zur behelfsmäßigen Unterbringung der Obdachlosen wurden 600 Zelte zur Verfügung gestellt. Zentrum des Bebens ist ein alter Unterseetrater, der 300 Meter unter dem Meerespiegel liegt.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 27. September.

Der Sieger des Gordon-Bennett-Fluges.

Berlin. Das Gordon-Bennett-Wettfliegen ist beendet. Als erster der drei noch übriggebliebenen Ballone ging der spanische Ballon „14 de Abril“ nördlich von Warschau an der Bahnlinie nach Bialystok am Montag abend nieder. Bald darauf landete in der Nähe von Kowno der erste amerikanische Ballon „Goodyear“. Als letzter Ballon landete sodann nördlich von Wilna der zweite amerikanische Ballon „US Navy“, für den von der Jury eine Entfernung von etwa 1500 Kilometer errechnet wurde, womit er Sieger des Gordon-Bennett-Fluges geworden ist.

Bombenanschlag auf ein japanisches Geschäft.

Schanghai. Nach einer Meldung aus Kanton ist in Tsinanpu (Tsinanfu) in ein japanisches Geschäft eine Bombe mit stark explosiver Ladung geworfen worden. Dabei wurden drei Personen getötet und zwei verletzt. Der Terrorakt wurde von einer chinesischen Organisation ausgeführt, die den Verkauf von japanischen Waren bekämpft.

1200 Neueinstellungen im Bezirk Westfalen und Brandenburg.

Berlin. In der Zeit vom 23. bis 26. September sind bei dem Schlichter für den Bezirk Westfalen rund 900 Neueinstellungen gemeldet worden. Wie der Schlichter für den Bezirk Brandenburg berichtet, sind weitere rund 300 Neueinstellungen erfolgt. — Nach den statistischen Erhebungen des Schlichters für den Bezirk Schlesien sind seit dem 15. September im Gebiete der Provinz Niedererschlesien in 41 Betrieben 1217 Neueinstellungen erfolgt.

Reichswehrsoldat erschießt seine Geliebte und begeht Selbstmord.

Worms. Der 18jährige Reichswehrsoldat Jakob Lieber tötete in Hofheim am Main seine Geliebte, die 17jährige Anna Marie Kösch, durch einen Herzschuß und brachte sich selbst einen tödlichen Kopfschuß bei. Lieber, der beim 15. Infanterie-Regiment in Gießen diente, weilte bei seinen Eltern in Hofheim auf Urlaub. Er hatte seit zwei Jahren mit dem Mädchen ein Verhältnis, das auch von den Eltern der beiden jungen Leute geduldet wurde. Soweit bis jetzt feststeht, hat Lieber aus Eifersucht gehandelt.

Wiener Großindustrieller erschießt sich.

Wien. Der Wiener Großindustrieller Felix Pollak-Parnegg hat sich im Urnenhain des Krematoriums erschossen. Felix Pollak-Parnegg war der Chef des Zementunternehmens Hermann Pollak Söhne, das eine der größten österreichischen Zementunternehmungen gewesen ist. Auch sein Bruder Fritz Pollak-Parnegg hat vor zwei Jahren Selbstmord begangen.

Zwei Tote, vier Verletzte bei einem Flugzeugunglück.

Rom. Ein Verkehrsflugzeug der Streda Benedic-Trip, das wegen eines Gewitters bei Grado niedergehen mußte, stieß gegen einen Damm und überschlug sich. Dabei wurden zwei Personen getötet, zwei schwer und zwei leicht verletzt.

Der kubanische Senatspräsident ermordet.

Newyork. Aus Havanna wird gemeldet, daß Clemente Basquez Vello, der kubanische Senatspräsident und Führer der Liberalen Partei, ein enger Freund des Staatspräsidenten Machado, auf seinem Landsitz von einer Bande überfallen und mit einem Maschinengewehr erschossen wurde.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Für die beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme, sagen wir allen hiermit unseren herzlichsten Dank.

Familie Ww. Rob. Herbeck.

Halver/Heincken-Hedfeld, 26. Sept. 1932.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rönsholt Band 5 Blatt Nr. 125 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 2. November 1932, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Gerichtstraße Nr. 14 Zimmer Nr. 8 versteigert werden. Gemarkung Rönsholt, Holz hinterm Feuerhäuschen groß 28,33 ar mit 0,56 Tr. Reinertrag.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Juni 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals die Ehefrau Kaufmann Karl Grütterich, Elise geb. Butsch zu Niederwölfe bei Rönsholt eingetragen.

Meinerzhagen, den 6. September 1932.

Das Amtsgericht.

Empfehle meine

7-Sitzer Limousine

Billigste Berechnung. Lieferung sämtl. Autozubehörteile einschließlich Bereifung. Billige u. gute Fahrräder Herrenrad 45 Mk. Damenrad 48 Mk.

Ernst Wehner, Carlhausen i. W. Fernspr. Nr. 264 Amt Halver.

Photographien

als Geschenke.

Preise zeitgemäß.

Ad. Kaiser, Halver (Westf.)

Berlinerstraße 5.

Amt Lüdenscheld.

Sitzung

der Amtsvertretung

am Freitag, d. 30. Sept. 32, 17 Uhr im Amtshaus. Kreis- und Gemeindeforderungen der Erwerbslosenausschüsse.

Sitzung

der Gemeindevertretung von Lüdenscheld

am Dienstag, d. 4. Okt. 32, 16 Uhr bei Spelsberg in Heedfeld.

Strandbad Schalksmühle. Anstaltsbeiträge.

In Halver sucht ein kinderl. Ehepaar für sofort oder später eine

2-Zimmer-Wohnung

bei Vorauszahlung.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver.

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Langenbrahmer Anthrazit Nuß 2,

Langenbrahmer Anthrazit Nuß 3,

Langenbrahmer Eiformbriketts,

Reine Stückkohlen,

Eß-Nuß 2,

Schmiedekohlen,

Braunkohlenbriketts,

Brechlots 40/60,

Brechlots 20/40.

C. Zimmermann,

Ohl-Rönsholt.

Telefon Nr. 11 Rönsholt.

Wir bitten

unsere Leser, bei allen Anfragen, Käufen usw. stets auf diese Zeitung Bezug nehmen zu wollen.



Landwehr-Verein Halver.

90. Stiftungsfest

Sonntag, den 2. Okt. 1932

FESTFOLGE:

9.45 Uhr gemeinschaftlicher Kirchengang.

Nach demselben Konzert am Kriegerdenkmal u. Niederlegung eines Kranzes

2.30 Uhr Festzug durch den Ort. Ehrung der Gefallenen am Ehrenmal.

4 Uhr Konzert in der Karlshöhe, ausgeführt von der Feuerwehrkapelle Halver und freudl. Mitwirkung des M.-G.-V. Liedertafel Halver. Während des Konzerts: Ehrung von Kameraden.

8 Uhr abends:

FESTBALL.

Die Kameraden mit ihren Damen sowie die Bürgerschaft von Halver laden wir herzlich zu dieser Feier ein.

Kameraden erscheinen in Mütze. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Buch- u. Akzidenz-Druckerei

WILH. BELL JR.

HALVER i. WESTFALEN

Lieferung u. Herstellung aller ein- und mehrfarbiger

Druckarbeiten

für Privat, Handel, Verkehr u. Gewerbe in sauberer, geschmackv. Ausführung

Adresskarten, Briefbogen, Couverts, Rechnungen, Geschäftskarten, Kataloge, Lohnzettel, Zahlkarten, Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs- und Danksagungs-Karten, Hochzeitszeitungen, Trauerbriefe, Einladungen, Flugblätter, Plakate, Sitzungen, Mitgliedskarten u. s. w. Bücher u. Formulare für Behörden

Als besondere Spezialität empfehle Kataloge für die Kleisenindustrie

Tausende Klischees stehen kostenlos z. Verfügung

FERNSPRECH-ANSCHLUSS 442 AMT HALVER



Bommerter Wehrverein

Am Sonntag, dem 2. Oktober beteiligt sich der Verein an der

Einweihung des

Krieger-Ehrenmals

in Glaswipper.

Wir bitten die Kameraden zur Teilnahme an dieser Feier sich recht zahlreich bei W. Brodtkemper auf dem Heede versammeln zu wollen

Abmarsch von da punkt 1 Uhr mittags.

Der Vorstand.

Heil-Institut

H. Steinberg

Halver, Berlinerstr. 35

(Spezial)

Magen, Darm, Leber,

Auge, Grouer Star

Lupus, Hautkrebs.

Sprechstunden:

Dienstag, Donnerstag,

Samstag von 2-7 Uhr.

Wehl ist sehr billig!

prima Weizenmehl

52 1/2

allerfeinstes Weizenmehl

52 1/2

Goldstaub in 2 Pfd. Beuteln

52 1/2

Goldstaub in 5 Pfd. Beuteln

125 1/2

Perlennmehl in 2 Pfd. Beuteln

48 1/2

1a. Korn- und Malzkeffe

52 1/2

Kaffee immer frisch

gebrannt.

Drogerie

Carl Baukloh,

Kierspe-Bahnhof,

Jetzt muß man anfangen

den Kindern meinen

H. Medizinal-Lebertran

u. Lebertran-Emulsion

zu geben.

Die Preise waren noch nie so billig.

Drogerie C. Baukloh, Kierspe-Bahnhof.

Amthlicher Preisbericht der Kölner

Produktenbörse.

Köln, 27. September.

Es bedeutet: Rg. Roggen, F. Futter, W. Winter

z. Sommer.

Weizen, rhein. 21,50 Weizenfl. 8,50-10,24

71 Rg. 17,50 Roggenfl. 7,50-8,01

Weizen, ausl. — Weizenfl. 10,75-11,25

Roggen, rhein. 17,00 Weizenfl. 11,50-11,75

66-67 Rg. 17,00 Weizenfl. 12,00-12,24

Rg. rh. neu. 17,00 Weizenfl. 13,00-13,24

Roggen, ausl. 17,00 Weizenfl. 13,00-13,24

Haler, rhein. 17,00 Weizenfl. 13,00-13,24

Haler, ausl. 17,00 Weizenfl. 13,00-13,24

R.-Gerste, ausl. 16,75 Weizenfl. 13,00-13,24

B.-Gerste, inl. 16,75 Weizenfl. 13,00-13,24

S.-Gerste, inl. 16,75 Weizenfl. 13,00-13,24

Weizenmehl 17,50 Weizenfl. 13,00-13,24

70 Pfd., inl. 30,25 Weizenfl. 13,00-13,24

Ablein-Weizen 30,25 Weizenfl. 13,00-13,24

Auslandsroggen 31,25 Weizenfl. 13,00-13,24

Roggenmehl 24,25 Weizenfl. 13,00-13,24

70 Pfd., ausl. 24,25 Weizenfl. 13,00-13,24

länd. Roggen 26,25 Weizenfl. 13,00-13,24

Roggenstroh 21,50 Weizenfl. 13,00-13,24

anständisch 21,50 Weizenfl. 13,00-13,24

Stimmungsbericht: Bei geringfügigen Um-

läufen schwächen sich die Preise für Roggen und

Weizen etwas ab.

Kölner Butternotierungen

vom 27. September.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100

Kilogramm ab Verladung ohne Verpackung

1. Qualität 240, 2. Qualität 230, 3. Qualität 220. Tendenz: Sehr ruhig.

Kölner Kartoffelnotierungen

vom 27. September.

Rheinische runde gelbe I. Qualität (Indu-